



## **Niederschrift**

### **I. Öffentlicher Teil**

Sitzung	des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und
Rechte für Minderheiten	
Ort:	Stadthaus, Erich Kästner Platz 1, 03046 Cottbus, Ratssaal
Datum	04.03.2026
Beginn	17:03 Uhr
Ende	18:10 Uhr

Stadtverwaltung Cottbus/Chósebuz

05.03.2026

Tagesordnung (Stand: 00.00.0000)

## I. Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
3. Entscheidung über vorgebrachte Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der letzten Sitzung
4. Bestätigung der Tagesordnung der Sitzung
5. Anfragen aus der Stadtverordnetenversammlung
6. Berichte und Informationen
  - 6.1. Anfragen an den Ausschuss
  - 6.2. Soziale Infrastruktur
  - 6.3. Beiräte
    - 6.3.1. Vorstellung des beratenden Mitgliedes Kinder- und Jugendbeirat
    - 6.3.2. Stand der Bemühungen des Beirates für Menschen mit Behinderungen zur Schaffung eines medizinischen Zentrums für erwachsene Behinderte (MZEB)
    - 6.3.3. Angebote für ältere Menschen in der Stadt Cottbus/Chósebuz
  - 6.4. Neuausrichtung der Rahmenbedingungen für inklusive Kindertagesbetreuung/Stand zum Antrag
7. Vorlagen der Verwaltung
8. Anträge aus der Stadtverordnetenversammlung
  - 8.1. Gleichbehandlung und finanzielle Nachsteuerung bei der Vergütung von Kindertagespflegepersonen  
Vorlage: AT-13/26
9. Sonstiges

## II. Nicht öffentlicher Teil

1. Entscheidung über vorgebrachte Einwendungen gegen die Niederschrift über den nicht öffentlichen Teil der letzten Sitzung
2. Anfragen aus der Stadtverordnetenversammlung
3. Berichte und Informationen
4. Vorlagen der Verwaltung
5. Anträge aus der Stadtverordnetenversammlung
6. Sonstiges
7. Schließung der Sitzung

## **Anwesenheitsliste**

### **Vorsitz**

Herr Andy Schöngarth,

### **Mitglied der Stadtverordnetenversammlung**

Frau Katja Arnold, Frau Yasmin Kirsten, Herr Gunnar Kurth, Herr Nadeem Manjouneh, Herr Michael Rabes, Herr Dr. med. Markus Rochow, Frau Eva Engelhardt, Frau Janine Schollbach, Frau Marianne Spring-Räumschüssel

### **Sachkundige/r Einwohner/in**

Herr Dirk Blaschke, Frau Anneliese Maria Kahle, Frau Angelika Koal, Herr Ronald Krüger, Herr Robert Liebig, Frau Ines Rauer, Frau Sybille Rudnik, Herr Ole Schmalfuß, Herr Dietmar Schulz, Herr Michael Tietz

Domowina:

Herr Apel

Kinder- und Jugendbeirat:

Stanlay Nonnewitz

Beirat für Menschen mit Behinderungen der Stadt Cottbus/Chóśebuz:

Frau Obst

Abarbeitung der Tagesordnung

**TOP 1**

**Eröffnung der Sitzung**

Die Sitzung wurde um 17:03 Uhr eröffnet.

**TOP 2**

**Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit**

Die Ladung erfolgte ordnungsgemäß. Der Ausschuss ist beschlussfähig. Es sind zehn stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

**TOP 3**

**Entscheidung über vorgebrachte Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der letzten Sitzung**

Die Niederschrift wird in der vorliegenden Fassung bestätigt.

**TOP 4**

**Bestätigung der Tagesordnung der Sitzung**

TOP 6.3.1 entfällt, da die Referentin erkrankt ist.

Antrag von Herrn Kurth: TOP 8.1 wird von der Tagesordnung genommen.

**Mehrheitlich zugestimmt**

**Ja 8 Nein 2 Enthaltung 0**

Die versendete Tagesordnung wird ohne TOP 6.3.1 und ohne TOP 8.1 bestätigt:

**Mehrheitlich zugestimmt**

**Ja 9 Nein 1 Enthaltung 0**

**TOP 5**

**Anfragen aus der Stadtverordnetenversammlung**

**TOP 6**

**Berichte und Informationen**

**TOP 6.1**

**Anfragen an den Ausschuss**

**TOP 6.2**

**Soziale Infrastruktur**

**TOP 6.3**

**Beiräte**

**TOP 6.3.1**

**Vorstellung des beratenden Mitgliedes Kinder- und Jugendbeirat**

v.: Kinder- und Jugendbeirat, Angélique Otto

Der TOP entfällt.

### TOP 6.3.2

#### **Stand der Bemühungen des Beirates für Menschen mit Behinderungen zur Schaffung eines medizinischen Zentrums für erwachsene Behinderte (MZEB)**

v.: Behindertenbeirat, Vorsitzende Fr. Obst

Fr. Obst informiert über den Stand der Bemühungen und wirbt nochmals um Unterstützung bei den Fraktionen. Das Thema MZEB ist ein Schwerpunktthema der aktuellen Beiratsarbeit. Anlass waren die Anregung des Landesverbandes für körper- und mehrfachbehinderte Menschen in Berlin-Brandenburg e.V. und vermehrte Klagen von Eltern beziehungsweise Betreuern, deren behinderte Kinder aufgrund ihres Alters nicht mehr im Sozialpädiatrischen Zentrum (SPZ) behandelt werden können und deren Arztsuche sich sehr schwierig gestaltet. Ein MZEB arbeitet ähnlich wie das SPZ interdisziplinär mit einem Team von Fachleuten. Bundesweit gibt es 50 MZEB, die nächstgelegenen sind in Berlin, Leipzig, Dresden und Bernau. Der südliche Bereich Brandenburgs ist noch nicht versorgt. Deshalb versucht der Beirat federführend durch Hrn. Zabka, das Thema zu platzieren und eine Gründung anzuregen. Auftakt waren Gespräche mit Vertretern eines MZEB aus Berlin und nachfolgend eine thematische Beiratssitzung im Juni 2025. Mit kompetenten Gästen aus verschiedenen Bereichen wurde die Möglichkeit einer Umsetzung diskutiert. Alle waren sich einig, dass die Notwendigkeit und der Bedarf eines MZEB bestehen und wollten im Rahmen ihres Arbeitsbereiches unterstützen. Die Idee eines Fachtages fand große Zustimmung (dieser wurde leider kurzfristig abgesagt). Es war nun wichtig, Hinweisen und Empfehlungen nachzugehen und Unterstützer, vor allem einen Träger, zu suchen. Es gab viele schriftliche, telefonische und persönliche Kontakte. Der Beirat hat dazu eine Chronologie verfasst, die demnächst auf der Seite des Beirates veröffentlicht wird. Fazit: Das Verständnis war überall da. Es gab viele Hinweise, aber die Zuständigkeit wurde immer wieder weiter empfohlen. Die Finanzierung ist sehr schwierig. Aktuell gibt es noch keine Lösung. Mögliche Ansätze sind erstens (und das favorisieren wir) eine Anbindung an das MUL-CT. Hier wird es am 24. März ein Gespräch mit dem Vorstand des MUL-CT geben. Zweitens gäbe es im Rahmen der Krankenhausplanung die Möglichkeit, dass sich kleinere Krankenhäuser in der Region mit dem besonderen Angebot eines MZEB profilieren. Es gibt die Aussage von Ministerin Müller, kleine Klinikstandorte zu erhalten mit Fördermöglichkeiten. Drittens könnten Träger aus der Liga der freien Wohlfahrtsverbände bzw. Stiftungen dafür gewonnen werden. Wir wünschen uns die Unterstützung des Ausschusses. Fr. Obst bittet, Informationen in Gremien weiterzugeben und Möglichkeiten der Unterstützung in den Fraktionen zu diskutieren. **Fr. Spring-Räumschüssel:** Wie viele Bürger betrifft das ungefähr und wie ist ungefähr der finanzielle Rahmen (grobe Schätzung)? **Fr. Obst:** Die Zahlen kann man vom SPZ erfragen, denn alle Kinder, die dort behandelt werden, haben ab 18 diesen Bedarf. Die Zahlen könnten wir nachreichen. Wir haben in Cottbus/Chósebus 18.000 bis 20.000 Menschen mit Behinderungen. Sie sind nicht alle so schwer behindert, dass sie dieses Zentrum brauchen, aber ein gewisser Prozentsatz ist darunter. Das MZEB wäre sicher auch für Südbrandenburg sehr nützlich. Die Finanzierung ist speziell. Behinderte Menschen brauchen längere Zeit für eine Behandlung. Es wird dann mit den Krankenkassen ausgehandelt, inwieweit die Finanzierung so eines MZEB erfolgt. Eine Gründung geschieht mit einem Träger, der dann zu den Kosten in Verhandlung geht. Fr. Obst kann in Bernau nachfragen, wie hoch die finanziellen Ausgaben am Anfang bei der Gründung waren. (Anm.: Im nächsten Ausschuss wird informiert, wie viele Bürger es ca. betrifft und wie hoch ca. die Kosten am Anfang der Gründung sind.)

### TOP 6.3.3

#### Angebote für ältere Menschen in der Stadt Cottbus/Chósebuz

##### Dokument: Anlage 1

v.: Fachbereich Soziales, Fachbereichsleiterin Fr. Dieckmann

Fr. Dieckmann informiert anhand der Präsentation der Anlage 1 über die vielfältigen Angebote und Angebotsformen und erfragt, wo der Beirat Schwerpunkte legt für die Berichte in den kommenden Ausschüssen. Laut Bevölkerungsvorausschätzung (drei Szenarien) sinkt die Zahl der Menschen 65 Jahre und älter ab dem Jahr 2030. Unterstützungsbedarf: Bei Meldung, dass jemand in einer Bedarfssituation ist, sind wir nach dem SGB XII zum Tätigwerden verpflichtet, auch für Menschen in besonderen Lebenslagen. Bei besonderen Lebenslage können wir auch finanziell (z.B. mit Darlehen) unterstützen. In der Hilfe zur Pflege steigen die Fallzahlen. Voraussichtlich im September informieren wir zur Neuaufstellung des Teams Pflege im Fachbereich Soziales, um effizient auf die Bedarfslagen reagieren zu können. Vorschlag: In den nächsten drei Monaten stellen wir die Themen stationär, vorstationär, Wohnen, die Bereiche Teilhabe, Gesundheit und ambulante Versorgung mit den Anbietern und Trägern in der Stadt vor. **Hr. Manjouneh:** Die Sichtbarkeit der Angebote in der Öffentlichkeit ist wichtig. Inwieweit werden Senioren die Angebote sehen, modern und old School (z.B. auf Plakaten)? **Fr. Dieckmann:** Moderne und old School. Da werden wir auch alle Anbieter ansprechen und Öffentlichkeitsarbeit mit dem Bibliotheks- und Gesundheitsmobil in den Ortsteilen kombinieren. Gern informiere ich den Seniorenbeirat als ganz wichtigen Multiplikator. **Hr. Kurth:** Kann geprüft werden, ob wir allen Haushalten einen Brief mit gebündelten Informationen zusenden können? Dann erreicht man alle. Vielleicht auch mit einem Besuch in der Anknüpfung. Es wäre sehr wichtig, dass das noch mal geprüft wird. Vielleicht ist der Aufwand dafür nicht so groß? **Fr. Schollbach:** Die Entwicklung der Altersgruppe über 65 hat laut Vorausberechnung 2030 ihren Scheitelpunkt. Gibt es bei den Vorhabensträgern, Bauherren und Betreibern Nachnutzungskonzepte für diese Einrichtungen (z.B. für Mischnutzung)? **Fr. Dieckmann:** Inwieweit Bauträger oder Angebotsträger weitergehende Planungen haben, kann ich nicht beantworten. Ich kann das gerne mitnehmen zu den Kollegen in der Stadtentwicklung und im Hochbau, ob das Themen sind. Wir freuen uns, wenn es Anfragen zu Bauvorhaben oder Niederlassungsüberlegungen gibt, die uns im Fachbereich Soziales erreichen. Da stehen wir gerne zur Angebotslage und zu Bedarfen für Gespräche zur Verfügung. Am Ende entscheidet das Unternehmen/der Anbieter selbst. Aber wir haben nicht mit jedem Kontakt. Für uns ist wichtig, die Angebote im Rahmen der Daseinsvorsorge sicherstellen zu können. Wir haben es nicht in der Hand, wenn es um Versorgungsangebote bei Pflegebedürftigkeit geht. Hier sind nach Bundesgesetzgebung (SGB XI) die Pflegekassen zuständig. Die neuen Reformvorstellungen gehen aber auch mehr in die Richtung der kommunalen Zuständigkeit. Wir sind mit unserem Vorgehen in der Stadtverwaltung Cottbus/Chósebuz gut darauf ausgerichtet und bereiten uns darauf vor. **Fr. Belle:** Es liegen viele Daten und planerische Annahmen dahinter. Unser großes Thema seit mindestens zwei Jahren ist neben der Erstellung eines Monitorings ‚die integrierte Sozialplanung. Dort schauen wir uns nicht nur das Thema Älterer an, sondern wollen für jeden Lebensabschnitt geeignete Angebote schaffen. Unsere Planer sind dabei, die Daten auf einen guten Stand zu bringen und dann Bedarfe und Defizite in den Sozialräumen zu ermitteln, um planen zu können. Das Ganze wird ca. im Juni technisch abgebildet im Open Data Portal und auf der Webseite der Stadt Cottbus/Chósebuz veröffentlicht. **Fr. Rauer:** Reicht das sehr breite Spektrum der Versorgung für Menschen mit

Pflegebedarf aus? Gibt es in den Pflegeeinrichtungen Wartelisten? Gibt es Menschen, die trotz Bedarf nicht in eine Einrichtung können? Wie sieht es mit der Finanzierung aus? Wie viele können einen Pflegeheimplatz noch alleine finanzieren? Wo muss unterstützt werden? Wie ist das bei Neubau, wo Heimträger sowohl mit den Pflegekassen als auch mit der Kommune in Vertragsverhandlungen gehen müssen, um Investitionskosten zu verhandeln? Bei sehr vielen mit kommunal gedeckelten Investitionskosten ist das für den Heimträger nicht mehr so gut händelbar. Haben wir für alle mit Bedarf noch Heimplätze vorrätig? **Fr. Dieckmann:** Dazu kommen wir mit geclusterten und komprimierten Zahlen in den Folgemonaten. Es gibt Anbieter mit und ohne Wartelisten. Wir haben keine tagaktuelle Übersicht zu freien Plätzen in der Stadt Cottbus/Chóśebuz. Das können wir auch nicht. Es gibt einen etablierten Versorgungsmarkt (private Anbieter und Trägern der freien Wohlfahrtspflege). Das Problem der steigenden stationären Eigenbeteiligung kennen wir alle. Inzwischen sind die Unterkunfts- und Verpflegungskosten im Kostensatz teurer als die Pflegekosten. Hier ist ganz klar der Bundes- und Landesgesetzgeber gefragt. Das haben wir nicht in der Hand. **Hr. Rabes** hat einen Hinweis zur Statistik der Pflegegebedürftigen. Die Prävalenzen insgesamt (Cottbus 7,1 / Bund 6,7) erscheinen ihm unplausibel angesichts der Einzelkohorten. Fr. Dieckmann nimmt das mit.

#### **TOP 6.4**

##### **Neuausrichtung der Rahmenbedingungen für inklusive Kindertagesbetreuung/Stand zum Antrag**

**Dokumente: Anlage 2 Entwurf Antwortschreiben, Anlage 3 AG Frühförderung,**

v.: Dezernat I.1, Dezernentin Fr. Belle

Fr. Belle informiert: Dem Antrag des Ausschusses hat die Stadtverordnetenversammlung Ende Februar zugestimmt. Er beinhaltet die Beauftragung des Stadtverordnetenvorstehers, ein entsprechendes Schreiben an die Landesregierung zu fertigen. Ein Entwurf des Schreibens wurde gestern im Jugendhilfeausschuss beschlossen (Anlage 2). Es gab den Appell und Hinweise zur Zusammenarbeit hier vor Ort (Stichwort lange Wartezeiten, Antragsformular). Diese Hinweise hat die AG Frühförderung präzisiert (Anlage 3). Wir haben die Punkte in der AG Frühförderung und auch im Team Teilhabe (Teamleitung Fr. Lobedann) besprochen. Zum Beispiel, wie finden sich Eltern im Dschungel zurecht. Dort müssen wir als Verwaltung mit unserem Team Teilhabe noch öffentlichkeitswirksamer werden, transparenter und schneller arbeiten. Fr. Belle wird gern zu gegebener Zeit wieder dazu berichten.

#### **TOP 7**

##### **Vorlagen der Verwaltung**

Es lagen keine Vorlagen vor.

#### **TOP 8**

##### **Anträge aus der Stadtverordnetenversammlung**

#### **TOP 8.1**

##### **Gleichbehandlung und finanzielle Nachsteuerung bei der Vergütung von Kindertagespflegepersonen**

**Dokument: AT-13/26**

v.: Fraktion AfD

TOP 8.1. wurde von der Tagesordnung genommen.

## **TOP 9**

### **Sonstiges**

#### **Verteilung der Aufgabengebiete des ehemaligen Fachbereiches Bildung und Integration**

**Hr. Schmalfuß** erfragt Neuverteilung und Ansiedlung der Aufgabengebiete des ehemaligen Fachbereiches Bildung und Integration. **Fr. Belle:** Die Aufgaben wurden neu strukturiert. Es wurde neu das Team gesellschaftliche Grundsatzfragen (Themen: Bildungskommune, Bildungsplanung, Armutsprävention) gebildet. Wir haben uns angeschaut, an welchen Fachbereichen Projekte noch besser und wirksamer angedockt werden können, weil dort die zu erreichenden Personen sind. Das Projekt MY TURN (für geflüchtete Frauen, die noch nicht im Erwerbsleben sind) geht zum Fachbereich Soziales. Der Servicebereich Bildung (Bibliothek und Volkshochschule) geht zum Fachbereich Kultur. Das Welcome Center ist vollständig in die Stabstelle Wirtschaft des GB I übergegangen. Hintergrund: Das Welcome Center war in der Anfangszeit sehr stark auf geflüchtete Menschen ausgerichtet. Jetzt wird der Focus stärker auf das Thema Wirtschaft und Integration in Arbeit gelenkt. Jeder, der nach Cottbus/Chósebus kommt, ist willkommen

#### **Nachfrage zum Thema: Ruhezeiten Bolzplatz Berliner Straße/Brunschwigpark**

**Fr. Arnold:** Es hat sich heraus gestellt, dass wir den veränderten Antrag (Anm.: AT 15/26 Prüfung der Lärmeindämmung an der Spielfläche Berliner Straße Brunschwigpark) von UC!/FDP nicht auf die Tagesordnung nehmen können, weil die Geschäftsordnung vorsieht, dass das Thema ein halbes Jahr nicht mehr beraten werden darf. Jetzt kommt die Zeit, wo es wieder extrem wird für die Bewohner in der Berliner Straße. **Hr. Schmalfuß** fragt, ob eine Möglichkeit besteht, sich ohne diesen Prüfantrag Seitens der Verwaltung aus Eigeninitiative damit zu befassen. **Fr. Belle:** Ich nehme das Thema mit und werde im nächsten Ausschuss berichten.

Cottbus/Chósebus, 19.03.2026

gez.

Andy Schöngarth

Vorsitzende/r des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Rechte für Minderheiten